

Jenseits von „Green New Deal“ und Effizienzrevolution

Droht in der Wachstumsdebatte ein grünes Schisma?

Von Reinhard Loske¹

Nie waren die Grünen stärker, nie waren sie einiger als heute: Die überwältigende Mehrheit, die der Atomausstiegsbeschluss auf dem grünen Sonderparteitag in Berlin erzielt hat, zeigt, dass der alte Streit zwischen Realos und Fundis heute der Vergangenheit angehört. Stattdessen haben die Grünen insgesamt die Rolle der bürgerlich-ökologischen Avantgarde im bundesdeutschen Parteiensystem übernommen.

Und dennoch besteht in der Partei unverminderter Klärungsbewegung. Die zentrale inhaltliche Auseinandersetzung in der Debatte über Nachhaltigkeit, Klimaschutz und ökologische Politik spielt sich heute an anderer, quer zu den alten Lagern liegender Stelle ab, nämlich zwischen Anhängern des Effizienz- und des Suffizienzgedankens.

Wie können unsere natürlichen Lebensgrundlagen am besten erhalten und voll funktionsfähig an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden – an dieser zentralen Frage droht den Grünen heute ein Schisma.

Als Schisma wird in der Kirchengeschichte eine fundamentale Spaltung zwischen Glaubensrichtungen bezeichnet, die ehemals unter einem Dach vereint waren, nunmehr aber in wichtigen Grundsatzfragen nicht mehr miteinander auskommen und sich im schlimmsten Falle trennen oder bekämpfen.

In der Nachhaltigkeitsdiskussion stehen sich die Vertreter zweier Denkrichtungen zunehmend argwöhnisch gegenüber: hier die Effizienzrevolutionäre und Technikoptimisten; dort die Protagonisten der Suffizienz und des Kulturwandels.

Entfesselt die Produktivkräfte durch Ökoinnovationen – das Credo der Technikoptimisten

Die Effizienzanhänger setzen ganz und gar auf die segensreiche Wirkung von Ökotechnik, grünem Wachstum und einem Lebensstil, der sich ressourcenintelligent gibt. Ihr Credo ist die Entfesselung der Produktivkräfte durch Ökoinnovationen. Das schöpferische Vermögen des Kapitalismus soll auf die richtigen Ziele programmiert werden: Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Elektromobilität und nachhaltige Chemie sind derzeit die Renner im „Green New

¹ Der Beitrag basiert auf Reinhard Loske „Abschied vom Wachstumszwang - Konturen einer Politik der Mäßigung“ (Verlag Basiliken-Press Rangsdorf 2010) und erschien unter dem Titel „Das grüne Schisma“ auch in der Nr. 8/2011 der „Blätter für deutsche und internationale Politik“.

Deal“, der Genuss ohne Reue verspricht und allerorten Marktchancen erblühen sieht. Von Wachstumsgrenzen, Verzicht und Schrumpfungserfordernissen will man hier nichts mehr hören. Mit so etwas verschrecke man die Menschen nur und werde im politischen Alltag angreifbar. Besser eine positive Botschaft als moralische Appelle, die sowieso nichts bewirkten und wohl auch gar nicht nötig seien, so die gängige Rede im wachsenden Freundeskreis der Effizienzrevolution. Sicher würde man die gute Stimmung hier mit einem alten Spontispruch verderben: „Technologie ist die Antwort! Aber was war noch mal die Frage?“

Dem neuen Technikoptimismus wollen diejenigen nicht ohne weiteres folgen, die die ökologische Krise der modernen Gesellschaft für wesentlich fundamentaler halten als die Effizienzrevolutionäre es tun. Nicht dass sie etwas gegen erneuerbare Energien oder ressourceneffiziente Produkte hätten, sie glauben ganz einfach nicht, dass in einer auf permanentes Wachstum und permanente Produktivitätssteigerung programmierten Ökonomie die notwendigen Entlastungseffekte für die Natur erreicht werden können. Die Empirie haben sie dabei durchaus auf ihrer Seite: Zwar gibt es effizientere Autos, aber immer mehr und größere Autos, effizientere Elektrogeräte, aber immer mehr elektrische Anwendungen, effizientere Heizungen, aber immer mehr zu beheizende Wohnfläche. Kurzum: Das, was an Umweltentlastung durch bessere Effizienz gewonnen wird, wird durch Wachstumseffekte wieder aufgezehrt. Das durch bessere Technik eingesparte Geld wird unverzüglich wieder in neue Konsumoptionen und neue Investitionen gesteckt. Die Ökonomen nennen das den Rebound-Effekt. Es ist wie beim Wettrennen von Hase und Igel. Immer ist der Igel schon da – und der heißt Wachstum. Der klimaschädliche Ressourcen- und Energieverbrauch bleibt also trotz technischen Fortschritts unverändert hoch.

Entrümpelung statt Konsum, Entschlackung statt Wachstum – das Plädoyer für den Kulturwandel

Diejenigen, die nicht alles auf technische Innovation und wirtschaftliche Expansion setzen wollen, weil sie einen solchen Weg für aussichtslos und letztlich inhuman halten, plädieren daher für einen Kulturwandel in Richtung Suffizienz, Genügsamkeit und Maßhalten, für einen Weg des rechten Maßes. Ihr Credo lautet Entrümpelung statt Konsum, Entschlackung statt Wachstum, Entschleunigung statt Turbo-Innovation. Manche von ihnen sprechen gar vom „Ekel vor dem Zuviel“. Weil sie ahnen, dass sie mit einer solchen Haltung schnell in die Ecke der Verzichtsapostel und Miesmacher gestellt werden können, sind die Anhänger einer Suffizienzkultur sicher froh darüber, dass ihnen die Wohlfahrtsforschung und die Glücksforschung seit geraumer Zeit starke Argumente liefern und ihnen so zur Seite springen.

Da, wo der Zusammenhang zwischen Bruttoinlandsprodukt und gesellschaftlicher Wohlfahrt beziehungsweise individuellem Glück systematisch untersucht wurde, zeigt sich etwas, das einem

eigentlich schon der gesunde Menschenverstand sagt: Jenseits eines bestimmten Einkommens, das die Grundbedürfnisse befriedigt und gar nicht sonderlich hoch liegt, gibt es keinen Zusammenhang mehr zwischen Geld und Glück. Kurz: Unserer Zufriedenheit, die sich bekanntermaßen in besonderer Weise aus Gesundheit, Lieben und geliebt werden, Genussfähigkeit, Freundschaft, Gemeinschaft, sinnvoller Tätigkeit und Muße speist, tut das stete Streben nach „Immer Mehr“ gar nicht gut. Im Gegenteil: Je mehr Aufwand man betreiben muss, um das Erreichte zusammenzuhalten und Neues hinzuzugewinnen, desto mehr fehlt die Zeit für Dinge, die einem wirklich wichtig sind. Wachsender Güterwohlstand wird nicht selten durch schrumpfenden Zeitwohlstand entwertet. So wird der Konsum kompensatorisch, der vergebliche Versuch, eine Lücke zu schließen, die so gar nicht zu schließen ist. Auch die Tatsache, dass das „Burnout-Syndrom“ als Erschöpfungstendenz auf dem Weg zur Volkskrankheit ist, wird von vielen als Indiz für eine notwendige Entschleunigung begriffen.

Zunehmend in den Blick der Wohlfahrts- und Glücksforschung gerät, dass Einkommen nicht nur eine absolute Kategorie ist, sondern auch eine relative. Viele Menschen messen ihren Wohlstand nicht nur daran, was sie selbst haben und sich leisten können, sondern auch daran, was sie im Verhältnis zum Mitmenschen haben. In Gesellschaften mit hohen Einkommensdisparitäten, so zeigen diverse Studien, ist das Potenzial für gesellschaftliche und individuelle Unzufriedenheit deshalb deutlich größer als in eher egalitären Gesellschaften, in denen der Unterschied zwischen „Unten“ und „Oben“ nicht sehr groß ist. In Gesellschaften mit sehr großen Einkommensunterschieden ist der Wachstumsdruck denn auch deutlich höher, weil die Orientierung und das „mimetische Begehren“ sich stets auf die „da oben“ richten.

Vereinfacht lässt sich sagen, dass die saturierten Industriegesellschaften im Durchschnitt erstaunlich wenig Zufriedenheit und Glück aus jeder zusätzlichen Einheit Sozialprodukt herausholen. Ökonomisch gesprochen: Jenseits eines bestimmten materiellen Niveaus gibt es offenbar einen abnehmenden Grenznutzen von zusätzlichem Einkommen, der möglicherweise sogar negativ werden kann.

Einzigste Richtung „Green New Deal“ ?

Ist es also für „Grüne“ tatsächlich eine vernünftige Strategie, die Wachstums- und Lebensstilfrage zu umschiffen und alles auf den „Green New Deal“ zu setzen, nur um sich nicht angreifbar zu machen? Oder gilt nicht doch die alte Erkenntnis, dass man mit den Grundorientierungen, die in die ökologische Krise hinein geführt haben, also ständiges Wirtschaftswachstum, permanente Produktivitätssteigerung, unentwegte Beschleunigung des technischen Fortschritts und gesellschaftliche Befriedung durch „Mehr Konsum für alle“, nicht aus ihr herausfinden kann – selbst dann nicht, wenn diese Grundorientierungen „grün“ umdeklariert werden?

Nähern wir uns der Antwort auf diese Fragen zunächst dadurch an, dass wir die Größenordnung der Veränderungsnotwendigkeiten taxieren. Zieht man die Ergebnisse der Forschung über Klimawandel, biologische Vielfalt, Böden, Meere, erneuerbare und nicht-erneuerbare Ressourcen sowie Umweltverschmutzung heran, dann kann festgehalten werden, dass die Menschheit schon heute weit über ihre Verhältnisse lebt, vor allem der Teil, der der globalen Konsumentenklasse zugeordnet werden kann. Als markantestes Beispiel hierfür lässt sich das Kohlendioxid (CO₂) nennen, das insbesondere bei der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas entsteht. Sein Ausstoß muss bis spätestens 2050 weltweit um zwei Drittel und in den Industrieländern um neun Zehntel gesenkt werden, damit der Temperaturanstieg so begrenzt werden kann, dass wir uns vielleicht noch an ihn anpassen können.

Fröre man (als kleines Gedankenexperiment) das Weltsozialprodukt und die Weltbevölkerung auf heutigem Niveau ein, müsste man also bei den CO₂-Emissionen pro Kopf bis 2050 durchschnittlich um einen Faktor 3 (weltweit) beziehungsweise um einen Faktor 10 (in den Industriestaaten) herunter. Bereits dies würde, volle Konzentration auf Klimaschutz durch technischen Fortschritt vorausgesetzt, gewaltige Innovationen erfordern, die für viele Länder schwer zu realisieren sein dürften.

Die Weltbevölkerung wird aber aller Voraussicht nach bis 2050 nicht bei heute knapp 7 Milliarden Menschen stehen bleiben, sondern auf mindestens 9 Milliarden Menschen anwachsen – trotz aktiver Bevölkerungspolitik in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern. Um die Klimaziele zu erreichen, müsste die Schraube „technischer Fortschritt“ allein durch das absehbare Bevölkerungswachstum noch einmal kräftig angezogen werden.

Bleibt das Wirtschaftswachstum: In den Industriestaaten lag es während der letzten Jahre (trotz Krise) bei durchschnittlich 2 bis 3 Prozent pro Jahr. Schriebe man diesen Trend bis 2050 fort, läge ihr Sozialprodukt dann beim 2,5fachen des heutigen Niveaus. In vielen aufstrebenden Ökonomien, etwa China und Indien, lag das Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren sogar bei durchschnittlich 8 Prozent und mehr. Bei anhaltendem Trend würde das mehr als eine Verdopplung ihres Sozialprodukts bis 2020 bedeuten und eine knappe Verfünffachung bis 2030. Einmal abgesehen davon, dass Krisen einem solch unorganischen Wachstum vielleicht früher oder später den Garaus machen, wird deutlich: Der technische Fortschritt müsste, um die Klimaschutzziele alleine durch ihn zu erreichen, bei anhaltendem Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum so systematisch radikalisiert werden, dass man von einer weltweiten „Effizienzdictatur“ sprechen könnte. Neben der technischen Machbarkeit stellt sich hier durchaus die Frage, ob ein solches Szenario aus einer Perspektive der Humanität erstrebenswert ist. Zweifel scheinen angebracht.

Man sollte es mit den Zahlenspielereien nicht übertreiben. Aber sie zeigen doch deutlich, dass anhaltendes exponentielles Wirtschaftswachstum die Überwindung der Nachhaltigkeitskrise erschwert und uns von der Erreichung der Klimaschutzziele eher wegbringt als uns ihnen näher zu bringen.

Qualitatives Wachstum als grüne Win-Win-Strategie ?

Technikoptimisten erwidern auf dieses Fazit gern, dass diese Aussage nur gelte, solange das Wachstum ressourcenintensiv sei und überwiegend auf der Basis nicht-erneuerbarer Quellen stattfinde. Es gehe deshalb um qualitatives oder grünes Wachstum und technologische Durchbrüche, die alles veränderten. Die Energiegewinnung aus Kohle, Öl und Gas soll effizienter und Schritt für Schritt durch Energie aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme abgelöst werden. Autos sollen verbrauchsärmer und in Zukunft nicht mehr von Otto- und Dieselmotoren angetrieben werden, sondern durch Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen. Wohnungen und Büros sollen weniger Energie verbrauchen und ihren Wärmebedarf nicht mehr aus Öl-, Gas- und Elektroheizungen beziehen, sondern aus Solaranlagen, Biogaskraftwerken und Wärmepumpen. Werde dieser Weg beschritten, sei zusätzliches Wachstum nicht nur kein Problem mehr, sondern trage zur Lösung der Nachhaltigkeitskrise bei. Man spricht deshalb gern von einer Win-Win-Strategie.

Nun ist es sicher richtig, dass qualitative Wachstumsstrategien notwendig sind. Ohne sie wird es keinen Übergang in eine nachhaltige Gesellschaft geben können, weder auf lokaler noch auf nationaler oder globaler Ebene. Sie entsprechen einem politisch und ökonomisch durchaus vernünftigen Vorgehen, das mit Wählerzuspruch, Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und nicht zuletzt relativer Umweltentlastung belohnt wird. Diese Strategien nicht zu verfolgen, wäre deshalb eine große Dummheit, vor allem für eine grüne Partei, die das Thema „Qualitatives Wachstum“ durch beharrliches Arbeiten ja überhaupt erst „marktreif“ gemacht hat. Außerdem, das sollte nicht vergessen werden, steht Strategien des qualitativen Wachstums noch immer eine gegnerische Denkweise gegenüber, die ökologische Ziele eher als Jobkiller, Wettbewerbsbeschränkung und Innovationsbremse sieht und nach wie vor auf undifferenziertes, quantitatives Wachstum setzt. Für jeden „Grünen“ wird deshalb glasklar sein, auf welcher Seite er beim Kampf um die „richtigen“ Wachstumsziele steht. Das ist ökologische Realpolitik im besten Sinne, die „Anschlussfähigkeit“ an den übermächtigen Hauptdiskurs sicherstellt und es erlaubt, die politischen Beharrungskräfte alt aussehen zu lassen.

Allerdings sind zwei wichtige Einschränkungen zu machen. Erstens, dem qualitativen Wachstum müssen tatsächliche Schrumpfung auf der stofflichen Seite gegenüberstehen, damit es zu absoluten Umweltentlastungen kommt, nicht nur zu relativen. Was nutzt die Halbierung des Spritverbrauchs pro Auto, wenn die Anzahl der Autos sich verdoppelt, was die Drittelung des

Stromverbrauchs pro Computer, wenn deren Anzahl sich verdreifacht, was die Viertelung des Wärme- und Klimatisierungsbedarfs für Gebäude bei Vervierfachung der Wohnungs- und Bürofläche? Es ist also eine politische Aufgabe von größter Bedeutung, auch auf der Nachfrageseite zu Verbrauchssenkungen zu kommen: durch intelligentere Technik, bessere Organisation, durch gemeinschaftliche Nutzungsformen und durch Verzicht auf überflüssigen Energieverbrauch, kurz: durch Struktur-, Kultur- und Lebensstilwandel gleichermaßen.

Zweitens, bei aller Sympathie für erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe muss doch klar sein, dass auch sie nicht ohne Umweltfolgen zu haben sind. Die sind zwar geringer als bei fossilen Energien und der Atomkraft. Aber ihrer Klimafreundlichkeit stehen doch wegen der geringen Energiedichte erhebliche Flächenbedarfe und Natureingriffe gegenüber. Es wäre kein Vergnügen, sich eine Landschaft vorzustellen, die vor allem der Erzeugung von Energie und Industrierohstoffen aus erneuerbaren Quellen diene. Sie stünde in der Gefahr, technisch überformt, monokulturell gegliedert und sehr intensiv genutzt zu werden. Deshalb gilt auch hier: Vorrangig ist die Begrenzung des Energie- und Ressourcenverbrauchs. Erst wenn er stabilisiert und Schritt für Schritt reduziert wird, kann eine Vollversorgung aus erneuerbaren Quellen so gestaltet werden, dass ihre negativen Umwelteffekte sich in Grenzen halten. Das gilt schon im Weltmaßstab, erst recht aber in der industrialisierten Welt mit ihrem extrem hohen Energieverbrauch.

Die Bauern von heute als „Ölscheichs von morgen“ ?

Das törichte Gerede von den Bauern, die zu den „Ölscheichs von morgen“ werden sollen, sollte deshalb besser unterbleiben. Abgesehen davon, dass „die Ölscheichs“ eine nicht erneuerbare Ressource nicht nachhaltig bewirtschaften und deshalb als Vorbild nicht besonders taugen, setzen doch der Schutz der biologischen Vielfalt, die Ernährung der Weltbevölkerung und die notwendige Ökologisierung der Landwirtschaft dem Anbau von Energiepflanzen klare Grenzen. Ganz ähnliches gilt für die große Wasserkraft, die zwar gewaltige Strommengen erzeugen kann, aber auch ein gewaltiges Potenzial der Naturzerstörung und der Zerstörung menschlicher Lebensräume aufweist. Bei Windkraft, Solarenergie und Erdwärme sind die Konfliktpotenziale sicher geringer, aber auch hier gibt es Grenzen, und seien es Akzeptanzgrenzen. Kurzum: So dringend wir die erneuerbaren Energien brauchen und so groß ihre Ausbaupotenziale auch sind, so sehr muss doch vor der Illusion gewarnt werden, ein stetig wachsender Energieverbrauch könne durch sie problemlos und klimaneutral gedeckt werden.

Ziehen wir ein Zwischenfazit, bevor wir zu den politischen Empfehlungen kommen. Es ist unzweifelhaft, dass es einer gewaltigen Transformation der menschlichen Technologie bedarf, um unseren deutlich zu hohen Nutzungsdruck auf die natürlichen Lebensgrundlagen so zu reduzieren, dass auch nachfolgende Generationen noch gut leben können. Vor allem in den

bevölkerungsreichen Ländern der Südhemisphäre, in denen viele Grundbedürfnisse der Menschen ja noch gar nicht erfüllt sind, muss die notwendige ökonomische Entwicklung unbedingt mit nachhaltigen Technologien erfolgen. Ansonsten könnte man nur schwarzsehen. Ebenso unzweifelhaft ist allerdings, dass ein permanentes Wachstum der Wirtschaft es zum aussichtslosen Unterfangen macht, die notwendigen Umweltziele allein durch eine höhere Effizienz der Ressourcennutzung und eine Umstellung auf erneuerbare Energie- und Rohstoffquellen zu erreichen.

Keine Frage der Ideologie

Was aber folgt aus all dem politisch?

Es erscheint sinnvoll, zwei Typen von politischen Vorschlägen zu unterscheiden: Solche, die der Erreichung von Nachhaltigkeitszielen dienen, ganz unabhängig davon, ob eine „Effizienzstrategie“ verfolgt oder eine „Suffizienzkultur“ angestrebt wird, und solche, die aktiv das Wachstumsziel relativieren, Wachstumszwang reduzieren und Wachstumsdruck von der Gesellschaft nehmen, also den Ausstieg aus dem Hamsterrad vorbereiten.

Zum ersten Typ von Vorschlägen gehören vor allem klare Umweltziele, die national und international verbindlich festgeschrieben werden, etwa was den Ausstoß von Emissionen betrifft (Klimaverändernde Spurengase, säurebildende Schadstoffe, Schwermetalle, Nährstoffe etc.), die Qualität und Quantität der Flächennutzung (landwirtschaftliche Böden, Wälder, Gewässer, Naturschutzgebiete, Flächenversiegelung etc.), den Schutz der biologischen Vielfalt (Arten, Lebensräume, genetische Vielfalt), die Art der Energieerzeugung und -nutzung (Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Energieeinsparung), die Nutzung erneuerbarer Ressourcen (Fischerei, Forstwirtschaft, Bioenergie etc.).

Der Vorteil solcher Umweltziele, sofern man sich verbindlich auf sie geeinigt hat, ist, dass dann „nur noch“ über den besten Weg zur Zielerreichung gestritten werden muss, also über die Instrumente. Sind gesetzliche Vorschriften und/oder ökonomische Instrumente wie die Ökosteuer, Umweltabgaben und der Emissionshandel das bessere Instrument? Können Ziele auch mit „weichen“ Instrumenten wie der Umweltbildung, der Verbraucherinformation, der Produktkennzeichnung, Öffentlichkeitskampagnen oder der Etablierung von Umweltmanagementsystemen in Unternehmen erreicht werden? Wann sind eher Verbote angezeigt, wann eher dynamische Anreize, wann eher öffentlich-rechtliche Verträge? Wann muss der Staat ran, wann Private, wann sind Public-Private-Partnerships der bessere Weg? Wie wird das Monitoring der Zielerreichung organisiert?

Solche Auseinandersetzungen können, müssen aber nicht ideologisch geführt werden. Liberal Gesonnene werden dabei eher auf Instrumente mit hohen Freiheitsgraden für Individuen und Unternehmen setzen, etwa den Emissionshandel, der nur das Ziel vorgibt, bei seiner Erreichung aber ein großes Maß an Flexibilität zulässt. Links Denkende werden demgegenüber eher auf staatliche Regulation setzen, also auf Standards, Normen und Grenzwerte, die jeder zu erfüllen hat, und darauf achten, dass die sozialen Wirkungen solcher Maßnahmen ausgewogen sind und die „kleinen Leute“ nicht übermäßig getroffen werden. Jedenfalls muss in diesen Debatten nicht geklärt werden, ob denn eine Effizienz- oder eine Suffizienzstrategie zu verfolgen sei, ob Technologiewandel reicht oder Kulturwandel notwendig ist. Die Frage bleibt offen – und kann es auch.

Maßnahmen gegen den Wachstumszwang

Das Ziel wirklich nachhaltiger, suffizienter Politik müssen Maßnahmen sein, die Wachstumszwang lindern und Wachstumsdrang einhegen sollen. Doch während man vielen Effizienzkonzepten vorwerfen kann, sie überhöhten den technischen Fortschritt, ignorierten das Problem des Rebound-Effekts und scheuten jedwede Zumutung, um sich unangreifbar zu machen, haben Suffizienzstrategien im politischen Raum ein ganz anderes Problem: Sie haben zwar die Empirie auf ihrer Seite, aber keine soziale Theorie und erst recht kein soziales Modell, das anspricht, mitnimmt oder gar begeistert. Der Darstellung der ökologischen Krise und deren kulturkritischer Analyse folgt allzu oft lediglich der unpolitische Aufruf zum individuellen Maßhalten, zum tugendhaften Leben, zur Befreiung vom falschen „Schein der Warenwelt“, zum Wählen der „Exit“-Strategie.

Mögen solche Lebensstilempfehlungen auch sinnvoll sein und manchen Menschen helfen, so bewirken sie in der Summe doch wenig. Ein politisches Programm des Kulturwandels und der Suffizienz braucht dagegen eine Vorstellung vom Sozialen, von der guten Gesellschaft, in der Menschen gemeinsam und aus der Einsicht heraus handeln, dass das „Immer Mehr, Immer Schneller, Immer Weiter so“ keine gute Grundlage für ein gedeihliches Zusammenleben der Individuen und der Völker ist.

Deshalb muss von den Protagonisten der Suffizienz vor allem die Arbeit der Zuspitzung geleistet werden – mit dem Ziel, gesellschaftlich und politisch „anschlussfähig“ zu werden. Das wird nicht einfach sein und vielleicht auch nicht von heute auf morgen gelingen. Aber das Maßhalten aus Einsicht und Verantwortung ist notwendig, wollen wir nicht von Umweltkrisen und Ressourcenkonflikten auf einen dann noch viel radikaleren Kurs der Einschränkung gezwungen werden. Am Ende eines solchen Suchprozesses wird kein grün-grauer Einheitslebensstil für alle stehen, wie manch neoliberaler Ideologe mutmaßt, wohl aber werden Lebensstile entstehen, die bei aller Pluralität darauf achten (müssen), dass sie ihr Ressourcenkonto nicht überziehen.

Fest steht: Wachstum und Wohlstand sind heute zwei völlig verschiedene Dinge. Wir leben zwar in einem technischen Zeitalter, aber Technik löst nicht alles. Es gibt diesen alten Witz: „Technology ist the answer. But what was the question?“ Technik ist die Antwort, aber was war die Frage? Das gilt auch für das Wachstum. Wir müssen deshalb Wachstum und Wohlstand völlig anders definieren. Wir brauchen Instrumente, die gesellschaftlichen Wohlstand umfassend, als Zusammenspiel von ökonomischen, ökologischen und sozialen Faktoren beschreiben – und von bloßem Wachstum entkoppeln. Doch dieser Weg eines grundlegenden Kulturwandels ist wesentlich schweiriger als der rein technische Weg der Effizienzsteigerung. Und dennoch müssen wir ihn gehen, so wir die globale Lage wirklich nachhaltig zum Besseren verändern wollen.